

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Kurzbibliografie	19
Orientierung	21
Kapitel 1	
Gesetzgebungswissenschaft	23
I. Charakteristik der Gesetzgebungswissenschaft	23
II. Geschichte der Gesetzgebungswissenschaft	25
Kapitel 2	
Rechtssetzung in der Verwaltung im staatsrechtlichen Kontext und im Verhältnis zu anderen Organen der Rechtssetzung	29
I. Volkssouveränität	29
II. Gewaltenteilung	30
1. Vorrang des Gesetzes	31
2. Vorbehalt des Gesetzes (Gesetzesvorbehalt)	31
III. Rechtssetzung durch Volksvertretungen	32
1. Das EU-Parlament	33
a. Zusammensetzung und Wahl des EU-Parlaments	33
b. Gesetzgebungsverfahren und Gesetzgebungskompetenzen der Europäischen Union	33
2. Bundesrat und Bundestag	35
a. Zusammensetzung und Wahl von Bundestag und Bundesrat	35
b. Gesetzgebungskompetenzen	35
c. Gesetzgebungsverfahren	38
(1) Gesetzesinitiativen – ggf. Vorverfahren	38
(2) Beratungen und Beschluss im Bundestag	39
(3) Befassung und ggf. Beschluss im Bundesrat	39
(4) Gegenzeichnung und Verkündung	40
d. Delegierte Rechtssetzung an Bundes- und Landesregierung	41
e. Vollzug des Bundesrechts durch Bundes- oder Landesverwaltung ..	42

3.	Das Berliner Abgeordnetenhaus.....	42
a.	Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus.....	42
b.	Gesetzgebungsverfahren	43
	(1) Gesetzesinitiativen – insbesondere aus der Mitte des Abgeordnetenhauses.....	43
	(2) Beratungen im Abgeordnetenhaus	43
	(3) Ausfertigung und Verkündung.....	44
c.	Delegierte Rechtssetzung durch die Verwaltung.....	44
IV.	„Richterrecht“ – Rechtsfortbildung durch Gerichte.....	45
1.	Unabhängigkeit der Justiz	45
2.	„Richterrecht“ – gerichtliche Rechtsfortbildung.....	46
a.	Rechtssatzkontrolle	46
b.	Rechtsanwendung – Rechtsfortbildung – Richterrecht	46
3.	Wahl der rechtsprechenden Personen	49
a.	Richterinnen und Richter am Europäischen Gerichtshof.....	50
b.	Richterinnen und Richter an den obersten Bundesgerichtshöfen und beim Bundesverfassungsgericht.....	50
c.	Richterinnen und Richter in der Berliner Landesjustiz.....	50
V.	Rechtssetzung unmittelbar durch das Volk	51
1.	Plebiszitäre Elemente auf EU-Ebene – die Europäische Bürgerinitiative	51
2.	Beteiligung des Volkes auf Bundesebene.....	52
3.	Beteiligung der Bevölkerung auf Berliner Landesebene	53
a.	Volksbegehren und Volksentscheid	53
b.	Volksabstimmung.....	54
c.	Volksinitiative	54
4.	Direkte Demokratie auf bezirklicher Ebene – insbesondere Bürgerentscheide	55
VI.	Rechtssetzung durch die Berliner Verwaltung	56
1.	Grundsätzliche Begrifflichkeit – unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung.....	56
2.	Aufbau und Organisation der vollziehenden Gewalt in Berlin	56
a.	Senat als Regierung und Teil der vollziehenden Gewalt.....	58
b.	Hauptverwaltung als Teil der unmittelbaren Landesverwaltung	58
c.	Bezirksverwaltung als Teil der unmittelbaren Landesverwaltung ...	59
	(1) Das Bezirksamt.....	60
	(2) Die Bezirksverordnetenversammlung	61
d.	Die mittelbare Landesverwaltung	62

3.	Aufgabenverteilung zwischen Haupt- und Bezirksverwaltung	63
4.	Aufsicht	64
5.	Rechtssetzung	65
	a. Gesetzesentwürfe	65
	b. Rechtsverordnungen	66
	c. Verwaltungsvorschriften	67
	d. Rundschreiben	69
	e. Satzungen	70
	f. Geschäftsordnungen	70
VII.	Rechtssetzungen durch Private	71
	1. Juristenrecht ist keine Rechtsquelle	71
	2. Rechtsgestaltung als Akt der privaten Rechtssetzung	72
	3. Selbstregulation und regulierte Selbstregulation	73
	4. Einsatz Privater bei der Vorbereitung staatlicher Rechtssätze	74
VIII.	Stufenordnung der Rechtsordnung	75
	1. Position des Europarechts	76
	a. Rechtsquellen des Europarechts	76
	b. Verhältnis zum nationalen Recht	77
	c. Umgang der Verwaltung mit möglicherweise unwirksamem Unionsrecht	77
	d. Nationaler Handlungsbedarf aufgrund europäischer Rechtsakte ...	78
	2. Position des Grundgesetzes	79
	3. Position der Allgemeinen Regeln des Völkerrechts	79
	4. Position der Bundesgesetze und Rechtssätze der Bundesverwaltung ...	80
	5. Position des Landesrechts	81
	6. Position des Gewohnheitsrechts	82
	7. Position der Regelungen zum kollektiven Arbeitsrecht /beschränkte Normsetzungsbefugnis der „Religionsgesellschaften“	82

Kapitel 3

Prozess der Rechtssetzung im Land Berlin – inklusive Erwägungen zum Bürokratieabbau und zur Gesetzesfolgenabschätzung.....

I. Impulse für einen Rechtssatz.....	85
II. Konzeptphase	86
1. Aufnahme des Ist-Zustandes.....	86
2. Folgenabschätzung.....	87
3. Entscheidung über eine Regelung, Zeitplan und Eckpunkte.....	89
III. Exkurs: Kommunikation der Rechtssetzung – Öffentlichkeitskommunikative Begleitung.....	90
IV. Entwurfsphase.....	91
1. Anfertigen des Entwurfes.....	91
a. Digitale Erarbeitung des Entwurfes	91
b. Informations- und Inspirationsquellen	92
c. Inhalt	92
(1) Arten von Rechtsnormen und Stilelemente.....	92
(2) Inhaltliche Klarheit – insbesondere Verweise	93
(3) Bestimmtheitsgebot	94
(4) Vertrauensschutz – Rückwirkung	94
(5) Besonderheiten bei Regeln über die Anerkennung der Berufsqualifikation, Aufnahme oder Ausübung eines Berufes ..	95
(6) Übermaßverbot – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	95
(7) Zitiergebot.....	96
(8) Verbot des Einzelfallgesetz	96
(9) Zeitpunkt und Dauer der Geltung	96
d. Erwägungen zum Bürokratieabbau.....	97
(1) Erfüllungsaufwand.....	98
(2) „One-in-one-out“ Prinzip auf Bundesebene.....	99
e. Rechtsförmlichkeit	101
(1) Sprache der Rechtssätze.....	101
(2) Überschriften der Rechtssätze	102
(3) Eingangsformeln und Bezeichnung der Senatsverwaltungen ...	103
(4) Gliederung der Rechtssätze	103

f.	Begründung	104
(1)	Charakterisierung der Begründung im Unionsrecht, Grundgesetz, Verfassung von Berlin, Landesgesetzen und Geschäftsordnungen	104
(2)	Konkrete Begründungsinhalte und ihr Ort gemäß der GGO II	106
g.	Hausabstimmung	108
2.	Beteiligung weiterer Senatsverwaltungen, des Landes Brandenburg, des Rates der Bürgermeister und anderer öffentlicher Stellen	108
a.	Beteiligung betroffener Senatsverwaltungen und der Regierenden Bürgermeisterin bzw. des Regierenden Bürgermeisters	108
b.	Gelegenheit zur Stellungnahme für das Land Brandenburg	108
c.	Beratung durch den Rat der Bürgermeister	109
d.	Beteiligung weiterer (öffentlicher) Stellen	110
e.	Exkurs zum Normenkontrollrat/Normprüfstelle	111
3.	Beteiligung der Fachöffentlichkeit	113
a.	Zuleitung an Fachkreise und Verbände	113
b.	Exkurs: Handhabung beim Bund	114
c.	Parallele Kenntnisnahme des Entwurfes durch das Abgeordnetenhaus	114
4.	Auswertung der eingebrachten Stellungnahmen und Endfassung des Referentenentwurfes	115
5.	Senatsvorlage und -beschluss eines Gesetzesentwurfes mit Vorlage an das Abgeordnetenhaus bzw. Senatsvorlage und -beschluss einer Rechtsverordnung	115
a.	Aufbau und Inhalt der Senatsvorlage samt Entwurf der Vorlage an das Abgeordnetenhaus	116
(1)	Senatsvorlage zur Beschlussfassung	116
(2)	Vorlage an das Abgeordnetenhaus	117
(3)	Entwurf einer Pressemitteilung	118
b.	Vorbereitung der Senatsvorlage und Verfahren der Mitzeichnung anderer betroffener Senatsverwaltungen	118
6.	Information der Allgemeinheit	119
a.	Handhabung auf Berliner Landesebene	119
b.	Exkurs: „Gläserne Gesetze“ auf Bundesebene	120
V.	Beratung und Verabschiedung eines Gesetzes im Berliner Abgeordnetenhaus sowie bei einer Rechtsverordnung Beschluss des Senates oder Erlass durch ein Senatsmitglied	120

VI. Erlass und Verkündung.....	121
VII. Berichtigung, Rechtsbereinigung, Beobachtung der Wirkungen des Rechtssatzes	121
Glossar	123
Literaturverzeichnis	135
Verzeichnis der verwendeten Rechtsnormen	149
Stichwortverzeichnis	161